„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
für's Ausland:	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen, wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Canada und die Reparationsfrage

Von den größten Weltblättern bis zu den kleinsten Provinzzeitungen, von Paris bis Washington, überall wird die Reparationsfrage besprochen und als eine der bedeutendsten Fragen der Weltpolitik hingestellt. Und dennoch sind sich wohl sehr viele Sterbliche nicht über das Wesen dieser Frage klar. Um was handelt es sich? Der Versailler Friedensvertrag ist auf der falschen Annahme aufgebaut, daß Deutschland der Alleinschuldige an dem Weltkriege ist, während alle anderen die Unschuldslämmer und die armen Opfer des deutschen Kriegsgeistes gewesen sein sollen. Heute betrachtet man die Geschichte der Vorkriegszeit mit wesentlich anderen Augen. Doch wurde Deutschland auf Grund der sogenannten Kriegsschuld verpflichtet, alle Kriegsschäden in Frankreich und Belgien gutzumachen und soviele Bar- und Sachleistungen aufzubringen, daß damit die verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut werden könnten. Das nannte man Reparationen.

Das Deutsche Reich hat sich nun redlich Mühe gegeben, die von ihm geforderten Reparationsleistungen zu erfüllen, obwohl die deutsche Wirtschafts- und Finanzkraft durch den verlorenen Krieg, durch die Abtretung wertvoller Landesteile an Frankreich und Polen, durch den Verlust der deutschen Kolonien und durch die Revolution stark geschwächt war. Um unseren Lesern einen Begriff von den deutschen Leistungen auf Reparationskonto bis Ende 1922 zu geben, lassen wir folgende Zusammenstellung folgen:

	Goldmark
Barzahlungen	1,780,016,456
Kohlen und Koks	2,424,400,000
Kohlen-Nebenprodukte	43,000,000
Farbstoffe und pharmazeutische Artikel	200,000,000
Vieh	274,194,000
Landwirtschaftliche Maschinen	31,040,000
Wiederaufbaulieferungen	290,686,794
Wiederherstellung der Universität Löwen	13,758,585
See- und Binnenschiffe	4,753,441,068
Eisenbahnmaterial	1,927,943,774
Lastkraftwagen	115,673,853
Verkauftes Kriegsmaterial	200,000,000
Englische Reparationsabgabe	163,160,172
Nichtmilitärischer Nachlaß an der Westfront	1,891,150,387
Privatkabel	77,800,000
Abgegebene Wertpapiere	392,642,671
Saargruben	1,017,126,890
Abgetretenes Reichs- und Staatseigentum	5,032,106,032
Anteil an der Reichs- und Staatsschuld	644,414,415
Abgetretene Forderungen	8,600,000,000
Der Liquidation unterliegendes deutsches Privateigentum im Ausland	11,740,000,000
Insgesamt	41,612,555,107

Diese Blutabzapfung aus einem verelendeten Staats- und Wirtschaftskörper mußte zur völligen Vernichtung der deutschen Kraft führen. Die Entwertung des deutschen Geldes und die furchtbare Not des deutschen Volkes sind Folgen der unmenschlich hohen Reparationsleistungen. Doch nicht nur Deutschland litt unter diesem ungeheuerlichen Zustand. Das übrige Europa mit Ausnahme Rußlands und der kleinen neutralen Länder hatte seine Hoffnungen und wirtschaftlichen Berechnungen großenteils auf den unerfüllbaren Reparationen aufgebaut. England und Italien sahen allmählich die Unhaltbarkeit solcher Hoffnungen ein und entschlossen sich dazu, aus eigener Kraft an den Wiederaufbau ihrer Staaten heranzugehen. Frankreich und Belgien aber glauben immer noch an die deutsche Melkkuh und wollen um jeden Preis ihre zerrütteten Finanzen durch unmögliche deutsche Reparationen heilen. So entstand eine Verwirrung der europäischen Wirtschaftslage, die auf die übrige Welt den ungünstigsten Einfluß ausüben mußte.

Die jetzt in Paris versammelten Sachverständigen wollen nun feststellen, inwieweit Deutschland noch leistungsfähig ist und was zur Hebung der deutschen Leistungsfähigkeit geschehen kann. Diese Beratungen sind wertlos, solange man nicht dem deutschen Reiche die Möglichkeit gewährt, seine wirtschaftlichen Kräfte frei zu entfalten, eine internationale oder amerikanische Anleihe aufzunehmen, und solange nicht die französische Herrschaft an Rhein und Ruhr beseitigt wird.

Was hat, so wird man fragen, Canada mit der Reparationsfrage zu tun? Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Canada infolge der europäischen Verwirrung unter einem wirtschaftlichen Drucke leidet. Der Absatz der Farmprodukte vollzieht sich nicht in dem notwendigen Maße, weil die europäischen Länder nicht mehr so kaufkräftig sind wie früher. Durch die Reparationen sind der freien und ungehinderten Entwicklung der europäischen Industrien künstliche und unnatürliche Fesseln angelegt werden, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in England (Arbeitslosigkeit) und in Frankreich deutlich fühlbar sind. Doch nicht nur der canadische Farmer wird durch diese Verhältnisse geschädigt, sondern auch die übrige Geschäftswelt. Ein deutsches Sprichwort sagt: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Sind aber die Bauern verschuldet und wirtschaftlich gedrückt, so leiden darunter auch die anderen Gewerbe und Geschäfte. Niemals in der Geschichte hat sich die enge Verbundenheit der Völker und Länder in wirtschaftlicher Beziehung so deutlich gezeigt und fühlbar gemacht wie gerade heute. Wirtschaftliche Erdbeben in irgend einem Teile der Welt werden überall verspürt und schädigen auch die anderen Teile. Daher hat Canada, daher haben die canadischen Farmer und Geschäftsleute ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß die Reparationsfrage endlich einmal gelöst werde.

Man gebe Deutschland die Möglichkeit, seine Kräfte in der Welt frei zu entfalten, und die Welt, vor allem aber unser Canada, wird selbst wieder in die normalen Bahnen einer gesunden Wirtschaft zurückkehren!

Weltumschau

Deutschland.

Die deutsche Regierung ist bestrebt, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärte, daß eine entschiedene Besserung in dieser Hinsicht zu verzeichnen sei. Das tägliche Budget ist nach seiner Angabe, ohne die künftigen Einnahmen in Betracht zu ziehen, bis zum 1. April balanziert. Dies sei ein Beweis, daß sich die finanzielle Lage gebessert hat.

Die in der Schweiz dem Wintersport sich hingebenden reichen Deutschen und jene, die im Winter Reisen nach Italien oder anderen südlichen Ländern zu unternehmen gedenken, werden während ihres Aufenthaltes im Ausland von Geheimbeamten der deutschen Regierung beobachtet, die das Reichsfinanzministerium auf alle Deutschen aufmerksam machen werden, welche im Ausland in Luxus leben. Bei der Rückkehr dieser Leute nach Deutschland wird über sie eine entsprechende Strafsteuer verhängt werden. Von einer solchen will man nur in solchen Fällen Abstand nehmen, wo eine zwingende Veranlassung für Reisen nach dem Auslande vorliegt.

Die Großindustriellen sehen den Besprechungen mit den Reparations-Sachverständigen mit großer Zuversicht entgegen, vornehmlich deshalb, weil die Teilnahme der englischen und amerikanischen Volkswirtschaftler und Sachverständigen vertrauenerweckend ist. Nur die Ungewißheit, welche Stellung in der Ruhrfrage genommen wird, erregt Besorgnis, da das schließliche Schicksal des Ruhrgebietes und des Rheinlandes der ausschlaggebende Faktor bei der Liquidierung der deutschen Reparationsverpflichtungen ist.

Die von den Franzosen in die Welt gesetzten Meldungen, nach denen von ihnen die Ruhrgefangenen freigelassen seien, entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutschen Amtsstellen haben auf diese Nachrichten hin eine genaue Untersuchung eingeleitet und feststellen können, daß bisher nur 300 Gefangene entlassen worden sind. Ueber 2000 Deutsche schmachten noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern.

Auf Veranlassung der Sonderbündler wurden von den Franzosen bisher zweihundert Personen aus der Pfalz ausgewiesen und vierhundert verhaftet. In den letzten Kämpfen sind dreißig Tote und hundert Verletzte zu verzeichnen.

In den Orten Bohwinkel und Wülfrath in der Rheinprovinz verstärkten die Franzosen ihre Truppenverbände. Sie beschlagnahmten, um das eingerückte Militär unterbringen zu können, die Schulen. Dadurch ist die Aufrechterhaltung des Unterrichts unmöglich geworden.

Die Möglichkeit, daß die Kontrollkommissionen wieder im Lande herumreisen könnten, hat weite Bevölkerungsschichten im ganzen Reiche aufs höchste erregt. In Stuttgart fand eine Demonstration statt, die so ihren schärfsten Protest gegen die Militärkontrolle zum Ausdruck bringen wollte. In dem Demonstrationszuge waren alle Parteien und Berufe vertreten.

In den Kölner Vororten kam es zu Krawallen, die von der über die Möglichkeit, daß die Arbeitszeit verlängert werden könnte, erbitterten Arbeiterschaft ausgingen. Im Verlaufe dieser Unruhen wurden 120 Personen verhaftet.

Nach Meldungen von Berliner Blättern hat die Münchener Regierung eine Denkschrift nach Berlin gesandt, worin vollständige Unabhängigkeit für Bayern innerhalb des Deutschen Reiches verlangt wird.

Bei den Gemeindewahlen im Freistaat Sachsen haben die Sozialisten und Kommunisten viele Stimmen verloren und die Mehrheit in einigen der Großstädte eingebüßt. In Leipzig wurden 38 Bürgerliche und 35 Sozialisten und Kommunisten erwählt. In Dresden haben die Bürgerlichen 40 Sitze erobert und die Sozialdemokraten und Kommunisten nur 31. In Zwickau stehen 22 Sozialdemokraten und Kommunisten 27 Bürgerlichen gegenüber. In Freiberg haben die Bürgerlichen mit 23 gegen 14 Sozialisten und Kommunisten die Mehrheit an sich gerissen. In Meißen wurden 20 Bürgerliche und 17 Kommunisten und Sozialisten gewählt und in Chemnitz, einer der Hochburgen der Kommunisten, haben diese 31 und die Bürgerlichen 30 Mandate erlangt.

Eine von den organisierten Kommunisten in Hamburg veranstaltete Liebknechtfeier nahm einen blutigen Ausgang. Der Führer der Demonstration wurde von der Polizei in Haft genommen und die Kommunisten verursachten einen Aufruhr, bei dem eine Person getötet und zwei Leute verwundet wurden.

Der Berliner Magistrat hat mit großen Finanzschwierigkeiten zu kämpfen und wird den städtischen Angestellten in diesem Monat nur die Hälfte ihrer Bezüge auszahlen können.

Schweiz.

Die Schweizer Regierung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden die Woche erhöht werden muß, und ein nationales Plebiszit in der Angelegenheit ist auf den 17. Februar anberaumt worden. Inzwischen hat die Regierung den Fischer Stahlwerken in Schaffhausen bereits gestattet, die wöchentliche Stundenzahl ihrer 2200 Arbeiter auf 52 zu erhöhen. Die Arbeiter drohten anfangs zu streiken, gaben aber diese Haltung sofort wieder auf, als ihnen nahegelegt wurde, die Verlängerung der Arbeitszeit sei notwendig, um es den Werken zu ermöglichen, im Stahlmarkt der Welt als Konkurrent auftreten zu können.

Ungarn.

Der Widerstand in politischen Kreisen Ungarns gegen den Wiederaufbauplan der Völkerliga für Ungarn ist jetzt im Zunehmen begriffen, und es wird jetzt als zweifelhaft angesehen, ob Premier Bethlen imstande sein wird, die nötige Gesetzgebung durchzudrücken. Einer der mit den Bedingungen des Darlehens Unzufriedenen ist Graf Albert Apponyi, der bisher einer der wärmsten Befürworter der Liga war. Der Graf erklärte in einer Rede vor der Nationalversammlung: „Ungarn kann der Liga nicht dankbar sein für einen Wiederaufbauplan, der nur für eine Atempause sorgt und Ungarns Industrie erdrosselt, wodurch das Land zu einem Ackerbaustaat wird."

In Verbindung mit der kürzlichen Bombenverschwörung in Krongrad hat jetzt die Regierung eine Verschwörung entdeckt, die von den „Erwachenden Ungarn" angezettelt worden war. Johann Saggi, der in Verbindung mit der Krongrad-Affäre verhaftet worden war, hat bezeugt, daß die Bomben-Angelegenheit eine Seite des allgemeinen Plans der Alföld-Brigade war, einen Aufstand zu inszenieren. Diese Brigade ist eine Vereinigung aller Geheim-Organisationen in Ungarn.

Anläßlich des 74. Geburtstages des Generalfeldmarschalls von Mackensen gedachten viele ungarische Zeitungen in ehrender Weise der Verdienste, die dieser Feldherr sich im Weltkriege dadurch um das ungarische Volk erworben hat, daß er mit seiner Armee die Ueberflutung Ungarns durch feindliche Heere abgewehrt hatte. Gleichzeitig wird von der Presse, um zu zeigen, daß der Generalfeldmarschall seine Internierung im Esther Schlosse durch Karolyi nicht als einen Akt der Undankbarkeit der ungarischen Nation ansah, ein Brief veröffentlicht, den er vor einigen Tagen an einen Budapester Freund gerichtet hat. „Ich freue mich," heißt es in diesem Schreiben, „daß Ungarn geradezu vorbildlich denkt in der Ehrung und Dankbarkeit gegenüber Männern, die ihrem Vaterlande tatsächliche Dienste geleistet haben. Den berüchtigten Karolyi habe ich stets für einen politischen Narren gehalten. Sein Verhalten mir gegenüber hat meiner Ueberzeugung von der Ritterlichkeit des vornehmen und gebildeten Ungarn keinen Abbruch getan. Ich habe von jeher für Ungarn eine Vorliebe gehabt, mich mit seiner Geschichte und seinem Volkstum beschäftigt, sodaß ich es als eine besondere Gunst des Schicksals und meines Soldatenberufes empfand, durch das Vertrauen meines Königs zur Verteidigung Ungarns und an die Spitze auch ungarischer Truppen berufen zu werden und in drei Feldzügen gegen Russen, Serben und Rumänen die feindlichen Heere zu schlagen, die das Herz des Landes bedrohten. Wer solche Erinnerungen bewahrt, vergißt Entgleisungen minderwertiger Personen und vorübergehendes Ungemach und freut sich in den Beweisen der Dankbarkeit und Anerkennung des Geleisteten."

Kleine Entente.

Nach der ersten Belgrader Sitzung der Ministerpräsidenten und Außenminister der die kleine Entente bildenden Staaten Jugoslawien, Rumänien und Tschechoslowakei wurde amtlich erklärt, daß die kleine Entente mehr denn je entschlossen sei, in der jetzigen europäischen Lage alle Strömungen zu unterstützen, die geeignet sind, die Verträge aufrecht zu erhalten und jenen Frieden herbeizuführen, der für alle drei Staaten unerläßlich sei.

Einen großen Teil der weiteren Besprechungen nahmen die Beziehungen der Kleinen Entente zu der russischen Regierung ein.

Frankreichs Bestreben, die kleine Entente zum Gliede einer Kette um Deutschland zu machen, wie sich in dem Bündnisse mit der Tschecho-Slowakei zeigt, hat eine kräftige Abweisung erhalten und die kleine Entente selbst mag darüber in Stücke fallen. Die Abweisung kam von seiten Jugoslawiens und Rumäniens. Die französisch-tschechische Allianz war auf das Tagesprogramm gesetzt worden, aber privatim drückten sich die Premiers von Jugoslawien und Rumänien in einer so klaren Weise aus, daß der tschechische Auslandsminister Dr. Benesch nicht den Mut fand, diese zur Sprache zu bringen. Die beiden Premierminister sollen Benesch gesagt haben, daß sie nicht daran dächten, sich zu Vasallen des Imperialismus Frankreichs zu machen, wodurch sie sich in offene Feindschaft mit Deutschland und England zur gleichen Zeit setzen würden. Man nimmt an, daß die englische Anfrage über die Waffenanleihen Frankreichs an die kleine Entente diese Wirkung hervorgebracht hat.

Die Ostseestaaten.

Lettland hat die Regierungen der Ostseestaaten Finnland und Esthland sowie Litauens und Polens zu einer Konferenz osteuropäischer Länder eingeladen, die noch im Januar stattfinden soll. Lettlands Vorschläge für diese Konferenz sind: Neutralität der beteiligten Staaten im Falle von Angriffen auf nichtbeteiligte Mächte; Anerkennung der bestehenden Grenzen, Litauen in diesem Falle ausgeschlossen; Neutralität gegenüber etwaigen inneren Entwicklungen in Deutschland; freier Durchgangsverkehr für alle beteiligten Staaten. Die in dieser Konferenz vertretenen Mächte sind bereits jetzt schon unter sich durch eine Reihe politischer bezw. wirtschaftlicher Abkommen verknüpft, stehen außerdem teilweise unter englischem Einfluß, könnten also ein Gegengewicht gegen die unter französischem Einfluß stehende „Kleine Entente" bilden.

Rußland.

Sowjet-Rußland wünscht von anderen Regierungen aus reinen Geschäftsrücksichten anerkannt zu werden, wie Auslandsminister Tchitscherin in einer Rede sagte. Er sagte weiter, daß die Anerkennung der Sowjets keine Gunstbezeugung sei, sondern eine gegenseitige Notwendigkeit, für welche Rußland keine Konzessionen an irgend eine Macht machen würde. Nach einer anderen Meldung soll der Sowjet-Kommissär für Auslandshandel Leonid Krassin durch seine Agenten in fremden Ländern 75 Prozent der ausländischen Bonds der Sowjet-Staaten aufgekauft haben. Dieses Verhalten habe zu der Annahme Veranlassung gegeben, daß die Sowjet-Regierung die Absicht habe, die vorkriegszeitlichen Schulden Rußlands in der nächsten Zukunft anzuerkennen.

Herr Rothstein vom Sowjet-Auslandspressedienst hat an den amerikanischen Bundessenator Borah gekabelt und gegen die Tendenz protestiert, die russische Sowjetregierung mit der kommunistischen Internationale zu identifizieren. „Ich bin offiziell beauftragt worden," so heißt es in der Depesche, „zu konstatieren, daß sich das Hauptquartier der Kommunistischen Internationale nur zufällig in Moskau befindet, weil sie anderswo kein Asyl hat. Die Sowjetregierung besorgt die nationalen Angelegenheiten des Staates, nicht der Partei, und keine internationale Organisation kann sie beeinflussen. Indem sich die Sowjetregierung gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands wehrt, zeigt sie sich weniger geneigt sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen als die Regierungen, welche eine bewaffnete Intervention durchgeführt und Rußland blockiert haben." Die Depesche nennt alle gegenteiligen Behauptungen „ungeheuerliche Lügen." Es ist überhaupt auffallend, daß die russische Regierung neuerdings mit der kommunistischen Internationale nicht mehr auf gutem Fuße steht. Namentlich Trotzki, der schon als zukünftiger Diktator Rußlands genannt wird, und die ihm treu ergebene russische Armee wollen von der Roten Internationalen nur noch wenig wissen. Das zusammen mit den kapitalistischen Reformen der Moskauer Regierung hat die waschechten Kommunisten mißtrauisch gemacht und sie zum Widerstand gegen die allmähliche Umstellung des russischen Regierungs- und Wirtschaftssystems aufgereizt. Doch haben die Unzufriedenen in der kommunistischen Partei, die namentlich scharfe Kritik an der Führerschaft übten, eine Niederlage erlitten. Sie sind im Moskauer Komitee mit 308 gegen 48 Stimmen unterlegen. Es scheint auch hier eine Ernüchterung einzusetzen.

Sogar die russischen Gegenrevolutionäre lassen wieder einmal von sich hören. Großfürst Nicholaus Nicholajewitsch, der Höchstkommandierende der russischen Truppen im Weltkriege, der im Auslande weilt, kündigt in einem Aufrufe an das reaktionäre Rußland ein kommendes Manifest an, worin er alle Russen auffordern will, sich zu erheben, um ihr Land von der Herrschaft der Bolschewiki freizumachen. Nach einer weiteren Nachricht sandte der General Wrangel, welcher sich jetzt in Belgrad befindet, das Telegramm des Großfürsten an alle früheren Soldaten in den Balkanstaaten.

Gold- und Silbermünzen aus der Zeit der Zarenherrschaft werden künftig bei der Erhebung von Steuern als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Die finanzielle Kommission des Rates der Kommissäre hat den Vorschlag gebilligt. Unmittelbar nach der Novemberrevolution war der Besitz von Zarengeld für ein Verbrechen erklärt worden. Das Volk wurde angewiesen, derartige Münzen dem Schatzamt abzuliefern. Die neue wirtschaftliche Politik hat den Umschwung bewirkt. Nächstes Frühjahr werden neue Münzen geprägt, Zarengeld kann dann zu einem Zehntel seines Nennwertes in den Verkehr kommen. Der Gesamtwert des am 1. Januar in Zirkulation befindlichen Papiergeldes belief sich auf 70,000,000 Goldrubel oder ein Viertel der garantierten Cherwonetz-Noten, die von der Staatsbank ausgegeben wurden. Es ist indessen ein akuter Mangel an Kleingeld vorhanden.

Der Bundesrat der Kommissare hat beschlossen, im Frühjahr die Klasse von 1902 für den regulären Dienst in der roten Armee einzuberufen. Diese Einberufung war zwei Jahre hintereinander verschoben worden.

Frankreich.

Frankreichs Finanzlage wird, namentlich seit dem fortwährenden Fallen des französischen Franken, immer schwieriger. Bisher war schon von den französischen Staatsmännern in unverantwortlicher Weise in der Hoffnung auf die deutschen Reparationen gesündigt worden. In Wirklichkeit wurde der Staatshaushalt nicht durch die unmöglich gewordenen deutschen Zahlungen, sondern durch Anleihen gedeckt. Trotzdem gewährte man aber den Mächten der Kleinen Entente fortwährend Geldzuschüsse, die natürlich die Finanzschwierigkeiten noch vermehrten. Diese Mißwirtschaft mußte eines Tages wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Die Entwertung des französischen Geldes ist der Anfang dieses Zusammenbruches. Um nun aber doch noch zu retten, was zu retten ist, will Poincare durch eine 20prozentige Erhöhung aller direkten und indirekten Steuern dem Finanzelend entgegenwirken. Da aber bekanntlich die Steuerscheu nirgends so stark ist wie in Frankreich, werden diese neuen Steuerforderungen zu scharfen Auseinandersetzungen in der französischen Kammer führen. Ferner ist an Ersparungsmaßnahmen durch Einschränkung der öffentlichen Verwaltung gedacht. Es sollen dadurch 1 Milliarde Franken eingespart werden. Schließlich werden eine verschärfte Börsenkontrolle und eine Ueberwachung des Maklergeschäftes zur Einführung gelangen.

England.

Die Thronrede besprach einleitend die außenpolitische Lage, worüber keine auffallenden Aeußerungen gemacht wurden. Auffallend war dagegen die Anpassung an die durch die Wahlen geschaffene Lage, wonach an die Stelle des Schutzzoll-Systems der Freihandel zu treten hat. Angekündigt wurden Handelserleichterungen, Ausfuhrkredite, soziale Maßnahmen und Unterstützung Irlands.

Die der Thronrede folgende Unterhausdebatte ergab das einmütige Mißtrauen der Labor Party und der Liberalen gegenüber der Baldwinregierung. Mr. Clynes, der für die Arbeiterpartei sprach, wandte sich scharf gegen das Tory-Regiment, verlangte Anerkennung Rußlands, betonte die schwache außenpolitische Stellung Großbritanniens und die Hilfe Amerikas in Europa und trat für Belebung des Handels mit den Dominions ein.

Mr. Asquith, als Wortführer der Liberalen, bezeichnete eine Arbeiterregierung als das einzig mögliche Ergebnis der Wahlen. Doch könne die Arbeiterpartei nicht frei schalten und walten und dürfe keine sozialistischen Experimente unternehmen. Die Liberalen, deren Mißtrauen gegenüber der Toryregierung deutlich bekundet wurde, würden die Labor Party überall unterstützen, wo gemeinsame Ziele vorliegen.

Spanien.

In Spanien, das unter einer Militärdiktatur steht, weht ein neuer Wind, wie sich schon auf finanziellem Gebiete zeigt. Bis zum Januar hat Diktator Rivera erreicht, daß mehr als 62,000,000 Dollars in Verwaltungskosten gespart wurden.

Die Abgeordnetenkammer wurde aufgelöst und die erwählten Mitglieder des Senats wurden entlassen. Ebenso werden die Provinz-Legislaturen beseitigt. Die Regierungen der Provinzen sind durch den Erlaß ermächtigt, Legislaturen zu ernennen, deren Mitglieder aus der Reihe der Einwohner, soweit möglich aus der Arbeiter- und Landwirtsklasse, zu wählen sind.

Norwegen.

Die norwegische Regierung hat die Absicht, dem Parlamente vorzuschlagen, die Prohibition aufzuheben. Das norwegische Gesetz verbot früher den Import und den Verkauf von Spirituosen und schweren Weinen, aber im letzten Jahre wurden die Einfuhrbeschränkungen für Weine von Portugal und Spanien aufgehoben, damit die norwegischen Fische in die Länder zugelassen würden, von welchen sie als Gegenmaßnahmen ausgeschlossen worden waren.

Vereinigte Staaten.

Das Einwanderungskomitee des Repräsentantenhauses stimmte beim Entwurf einer neuen Einwanderungs-Bill für eine Beschränkung der Einwanderung nach Maßgabe einer zweiprozentigen Quote der im Jahre 1890 hier weilenden Fremdgeborenen eines jeden Landes mit einer jährlichen Minimalquote von 200 für jede Nation.

Die in der Johnson-Bill bestehende Bestimmung, wonach Blutsverwandte von hier befindlichen Bürgern über die zweiprozentige Quote zugelassen werden sollen, wurde gestrichen. Man einigte sich jedoch auf eine Bestimmung, welche die unbeschränkte Zuwanderung von Frauen oder Ehemännern von Bürgern gestattet, ebenso ihrer Kinder unter 18 Jahren und ihrer Mütter und Väter im Alter von über 55 Jahren.

Ein Vorschlag, zwei Prozent der Verwandten zuzulassen, und ein anderer Vorschlag, die Quote auf drei anstatt zwei Prozent der im Jahre 1890 hier Weilenden von ausländischer Geburt festzusetzen, wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Das gegenwärtige Einwanderungsgesetz erlischt am 30. Juni d. J. Die zulässige Quote ist darin mit 3 Prozent der im Jahre 1910 hier weilenden Fremdgeborenen einer jeden Nation festgelegt.

Mit der beschlossenen Quote unter Grundlegung der Zahl der im Jahre 1890 hier weilenden Fremdgeborenen würde die jetzige Einwanderungsziffer mancher Länder um die Hälfte herabgesetzt, namentlich wäre dies mit Einwanderern aus den südlichen und östlichen Ländern Europas der Fall.

Die Todesstrafe für den Kuß

Von Karl Mural.

Es gab einmal ein Land, dessen Gesetze überaus streng waren. Nicht nur der Raubmörder, Einbrecher und Dieb wurde dort mit dem Tode bestraft, sondern auch der Bursche, der ein Mädchen küßte. Aber nicht bloß das Gesetz war streng, sondern auch dessen Vollstreckung. Unbarmherzig und ohne Gnade wurden die Frevler enthauptet, besonders aber die küssenden Burschen, deren Zahl sehr groß war. Der alte, sittenstrenge König kannte keine Schonung, wie sie auch seine Tochter nicht kannte, die ihm auf dem Throne folgte. Das Königin-Fräulein ist strenge erzogen worden, und als sie direkt auf den Thron stieg, war sie von derselben Denkart und ebenso sittenstreng, wie es ihr Vater, der alte König, war.

Sie glaubte derart an die Gerechtigkeit einer unbarmherzigen Vergeltung, daß sie sich bei den Hinrichtungen auf den Erker ihres Schlosses hinausstellte und der schrecklichen Arbeit des Henkers von dort aus zusah. Sie zuckte nicht mit der Wimper, ihr Herz blieb kalt und ihre Augen drückten kein Entsetzen aus. Sie schaute der Szene zu, als wäre es irgend ein Spiel gewesen.

Es geschah im ersten Jahr der Regierung der hübschen Königin, daß der alte Statthalter starb und seinen Platz ein junger Offizier einnahm, dessen erste Tat war, daß er die Abschaffung der Todesstrafe aufs Tapet brachte. Nachdem ihn die Königin angehört hatte, sprach sie:

„Du würdest verdienen, daß ich dir sofort den Kopf abhauen lasse, damit nicht ein Frauenherz unter dem Offiziersrock schlage. Ich verzeihe dir aber in der Hoffnung, daß du mir mit solch einem dummen Antrag nicht mehr kommen wirst. Sollst du aber dennoch tun, unterschreibst du damit dein Todesurteil."

Der Statthalter erwähnte die Sache nicht wieder, doch schreckte er nicht vor andersartigen Neuerungen zurück. Unter diesen Neuerungen war nicht die letzte, daß zum Dienste bei der Königin sehr hübsche und junge Offiziere beordert wurden. Sie waren aber immer nur eine Woche im Dienste, um dann anderen den Platz zu übergeben. Die Königin nahm diese Neuerung in der ersten Zeit mit Befremden auf, weil aber darin eine gewisse Abwechslung war, erhob sie dagegen keinen Einspruch.

In der letzten Woche des vierten Monats aber, als ein überaus hübscher Kerl den Dienst versah, und als die Königin diesem stattlichen Jüngling fast in jeder Stunde irgend eine rasch zu erledigende Weisung erteilte, beorderte sie den Statthalter zu sich und sprach zu ihm:

„Ich habe den ewigen Wechsel satt und ich befehle, daß damit aufgehört werde."

Der Statthalter verneigte sich sehr [illegible] und sehr tief als aber sein Antlitz gegen den Teppich gekehrt war, und die Königin dieses nicht sehen konnte, blinzelte er sehr unverschämt mit den Augen.

Jener hübsche Jüngling blieb also ständig im Dienste der Königin. Er führte sich so brav auf, er konnte derart vielseitige Dienste erfüllen, daß ihn die Königin später nicht für eine Stunde entbehren wollte. Der stattliche Gardeoffizier las ihr die Zeitungen, Briefe und Bücher vor; er erstattete Bericht in allen Regimentsangelegenheiten; er mußte vertraulich über Hofstratscherejen und Hofbegebenheiten referieren.

Einmal fragte ihn die Königin, ob er Klavier spielen könne? Und als er bejahte, fiel ihm das Königin-Fräulein vor Freude fast um den Hals, denn sie spielte sehr gerne vierhändig. So begannen denn die Klavierübungen zu zweit. Ihre Hände berührten sich oft, wobei die Königin immer zusammenzuckte und errötete. Und sehr, sehr oft zuckte sie zusammen und errötete, da die Hand des Offiziers immer öfters die ihre berührte und oft auch auf derselben ruhen blieb.

Während dieser überaus kurz scheinenden Stunden wurde der Jüngling immer kühner und kühner. Er nahm die kleine Hand der Königin in seine Hände, streichelte und drückte sie. Später breitete er seine zwei starken Arme aus und umarmte sie.

Es kam manchmal vor, daß der Jüngling sich mit glühenden Wangen ganz nahe zu ihrem Gesichte neigte, als wollte er sie küssen. Dann aber stieß er sie, obwohl ihm die Königin ihre nach Küssen dürstenden Lippen gleichsam schon entgegenhielt, plötzlich von sich und entfernte sich rasch.

Die verlassene erregte Königin blickte ihm erschrocken nach und sie horchte hinaus. Was ist denn geschehen, daß er davongestürmt ist?, Ist ein Aufruhr ausgebrochen?

Nach solchen Szenen trat im Idyll gewöhnlich eine Pause ein. Der Offizier zeigte sich zaghaftig, und das Spiel begann von vorne, tagelang andauernd. Es begann beim Berühren der Hände und nur Augenblicke anhaltend und setzte sich fort, aber sehr langsam. Als es dann bis zum Ausbruch der Leidenschaft kam und als er mit seinen Lippen fast schon den Mund der Königin berührte, um auf diesen einen heftigen Kuß zu drücken, sprang er wieder auf und rannte davon.

Als das Idyll zum fünftenmal von vorne begann, war die Königin ruhiger als sonst. Es umgab sie ein eigentümlicher Glanz und Schimmer, der Tage hindurch anhielt, während aller Phasen des sich entwickelnden Idylls. Die schöne Königin war so froher Laune, daß sie hell auflachte. Und sie lachte auch dann noch, als sich der Jüngling ganz nahe zu ihrem Gesicht neigte und sie ihm wieder ihre Lippen entgegenhielt.

Da wurde sie aber plötzlich ernst und sie schob ihn halb von sich. Dann sagte sie:

„Ich habe ja ganz vergessen, Ihnen eine interessante und wichtige Neuigkeit zu erzählen."

„Und die wäre?" fragte der Jüngling gierig.

Mit gesenktem Blick, zitternder Stimme, über und über errötend, flüsterte die Königin:

„Ich habe die — Todesstrafe abgeschafft."

Blücher, der Deutsche.

„Nein, die Franzosen sollen sich nicht freuen, daß sie ihren Bonaparte wieder geholt haben. Wir sind vor ihnen und an ihren Grenzen keine Sachsen und keine Preußen, wir sind alle Deutsche, wollen Deutsche bleiben und als Deutsche siegen oder sterben."

Blücher, Rede 1814.

Goethes Mahnung zur Einigkeit.

„Mir ist nicht bange," sagte Goethe, „daß Deutschland nicht eins werde; vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander! Und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind!"

Goethe zu Eckermann, 1828.